

Redaktionelle Fassung

Erste Satzung der Stadt Mainburg zur Änderung der Satzung über die Erlaubnisse für Sondernutzungen an öffentlichem Verkehrsraum (Sondernutzungssatzung – SNS) vom 09. August 2021

Die Stadt Mainburg erlässt aufgrund von Art. 18 Abs. 2 a, 22 a Satz 1, 56 Abs. 2 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) in der Fassung vom 05.10.1981, zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2020 (GVBl. S. 683) und Art. 23 und 24 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung vom 22.08.1998, die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 9. März 2021 (GVBl. S. 74) geändert worden ist folgende Satzung:

§ 1 Änderung von Vorschriften

Die Satzung über die Erlaubnisse für Sondernutzungen an öffentlichem Verkehrsraum (Sondernutzungssatzung – SNS) in der Fassung vom 22.03.2013, wird wie folgt geändert:

§ 7 (Wahlen / Politische Parteien / Wählergruppen / Abstimmungen) erhält folgende Fassung:

Parteien und Wählergruppen können anlässlich von Wahlen und Abstimmungen wie folgt informieren:

1) Kommunal- und Kreistagswahlen, sowie Bürgerbegehren u. Bürgerentscheide und Landtags-/Bezirkswahlen

Parteien und Wählergruppen können im Stadtgebiet Mainburg und Ortsteilen bis zu fünfzig Plakattafeln aufstellen. Auf die Sicherheit des Verkehrs und die Sichtverhältnisse ist dabei Rücksicht zu nehmen. Die Plakattafeln dürfen nicht an Bäumen oder Verkehrszeichen befestigt werden. Parteien und Wählergruppen können außerdem die im Stadtgebiet aufgestellten Wahltafeln zu Wahlkampfzwecken nutzen. Die Zuteilung der Standorte erfolgt nach Antrag durch die Verkehrsbehörde.

2) Bundestagswahlen

Parteien und Wählergruppen können die im Stadtgebiet aufgestellten Wahltafeln zu Wahlkampfzwecken nutzen. Die Zuteilung der Standorte erfolgt nach Antrag durch die Verkehrsbehörde. Die Anbringung von Plakattafeln auf öffentlichem Verkehrsgrund ist untersagt.

3) Europawahlen

Parteien und Wählergruppen können die im Stadtgebiet aufgestellten Wahltafeln zu Wahlkampfzwecken nutzen. Die Zuteilung der Standorte erfolgt nach Antrag durch die Verkehrsbehörde. Die Anbringung von Plakattafeln auf öffentlichen Verkehrsgrund ist untersagt.

§ 2 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Mainburg, den 09.08.2021

Stadt Mainburg

Helmut Fichtner
Erster Bürgermeister